

Academia 03/2018

## **Österreich und Europa am Scheideweg**

Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft stehen bedeutende Weichenstellungen für die Zukunft Europas bevor.

Wir leben in einer sich stetig verändernden Welt mit konstant neuen Herausforderungen und globalen Veränderungen. Heute stehen wir vor einem ähnlichen Umbruch wie in den 1980er Jahren. Österreich ist vor über 20 Jahren der Europäischen Union beigetreten; damit es nicht zwischen den Machtblöcken West und Ost aufgegeben wird; damit es Europa mitgestalten kann und nicht zum Bittsteller wird. Dieser Entschluss machte unser Land zweifelsohne wohlhabender und sicherer. Aber die Herausforderungen wurden ob der neuen Voraussetzungen in einer immer komplexeren Welt neue und andere. Daher ist jetzt eine Weiterentwicklung und Vertiefung der Europäischen Union notwendig. Nur so können wir angesichts der Globalisierung unseren Wohlstand schützen und unsere Sicherheit gewährleisten. Die Entscheidung, vor der wir heute stehen, ist nicht weniger schicksalhaft als das EU-Beitrittsreferendum 1994: Sind wir bereit, einen Teil dessen abzugeben, was man früher „Souveränität“ nannte, um gemeinsam mit unseren Nachbarn stärker und handlungsfähiger zu sein? Wählen wir die Abschottung oder die Öffnung?

In den sechs Monaten der österreichischen Ratspräsidentschaft können natürlich nicht alle Probleme gelöst werden. Wegweisende Themen wie der Abschluss der Brexit-Verhandlungen und die Verhandlungen über den künftigen Finanzrahmen der Union fallen in die österreichische Zuständigkeit. Bezüglich Migration und Außengrenzschutz will die Regierung in Wien Meilensteine setzen. Aber es geht auch um grundlegende Weichenstellungen für unseren Kontinent. Denn die Globalisierung, der weltweite demografische Wandel, die Verschiebung der Gewichte zwischen den Weltregionen, die Migrationsströme, technologische Entwicklungen, der Klimawandel, die neue weltpolitische Instabilität, neue Formen der Kriegsführung sowie der Terrorismus werfen bisher nie dagewesene Fragen auf. Und kein Land kann diese Fragen allein beantworten.

### **Der Nutzen der EU ist kein Zahlenspiel**

Die Idee der Gründerväter, dass wirtschaftliche Verzahnung und Integration Kriege verhindert und Wohlstand wachsen lässt, funktioniert, sie lebt und gilt auch noch heute.

Dank des EU-Beitritts habe Österreich einen „EU-Bonus“ von rund 0,5 bis 1 Prozent mehr Wirtschaftswachstum pro Jahr lukriert, rechnet der frühere Universitätsprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien Fritz Breuss vor. Grund für diese Entwicklung ist vor allem die Teilnahme am Binnenmarkt der EU: mehr Intra-EU-Handel, bessere Ausschöpfung von Größenvorteilen, Steigerung der Produktivität und so fort. Dies führte in den letzten 20 Jahren zur Schaffung von rund 245.000 neuen Jobs. Seit 2014 konnte Österreich laut einer ifo-Studie ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von mehr als 20 Milliarden Euro durch die EU-Mitgliedschaft erzielen. Der sogenannte Nettobeitrag liegt dagegen bei rund einer Milliarde Euro pro Jahr.

Die Mär von den „Nettozahlern“ und „Nettoempfängern“ ist deshalb grob irreführend: Der „Nutzen“ der EU errechnet sich nicht aus der Differenz zwischen den Einzahlungen der Mitgliedstaaten in das EU-Budget und den Rückflüssen von Fördergeldern in die Mitgliedstaaten. Wer so rechnet, versteht nichts von Wirtschaft, er blendet die gesamtwirtschaftlichen Effekte komplett aus. Der noch darüber hinausgehende, politische Nutzen der EU-Mitgliedschaft lässt sich gar nicht hoch genug einschätzen.

Niemand profitierte von der europäischen Integration und der Osterweiterung mehr als Österreich und Deutschland. Der Wohlstand der anderen EU-Mitgliedstaaten vergrößert unseren Wohlstand. Vor 1989 war Ostösterreich eine „Sackgasse“ am Eisernen Vorhang. Heute sind österreichische Firmen in den Staaten Ostmitteleuropas und des Balkans präsent wie wenige andere. Die Marktanteile österreichischer Banken oder Telekomtöchter in diesen Staaten sprechen eine eindeutige Sprache. Mit der neuen Perspektive für den Westbalkan hat die EU ein wichtiges Signal gesetzt. Der EU-Vorsitz Österreichs bietet eine einmalige Chance zur nachhaltigen Weichenstellung dank jahrzehntelanger Erfahrung.

### **Europa braucht eine aufrichtige Debatte**

Doch leider nutzen wir unsere Chancen immer weniger, während unsere Verantwortung gegenüber der EU zunehmend zum politischen Spielball nationaler Tendenzen wird. Irreführungen im Zuge der Brexit-Kampagnen sind kein Einzelfall, sondern ein demokratiepolitisches Problem, das vermehrt in Europa zu Tage tritt: In Polen zum Beispiel weigert sich die Regierung hartnäckig, EU-Recht und EU-Werte zu wahren und reagiert auf Ermahnungen mit EU-Bashing. Auch in unserem Nachbarland Ungarn kann man nach dem Wahlsieg Viktor Orbans Ähnliches gut beobachten.

Doch heiligt der Zweck die Mittel nicht: Feindbilder, Ängste, Lügen, Nationalismus, Rechtsbrüche und Schuldzuweisungen werden durch einen Wahlerfolg nicht legitimiert. Wenn man demokratische EU-

Entscheidungen, die mit ungarischer Beteiligung zustande gekommen sind, zu diskreditieren versucht, dann verabschiedet man sich aus der europäischen Mitverantwortung. Man stärkt den Nationalismus und spielt genau jenes Doppelspiel, das in Großbritannien am Ende zu einer Mehrheit für den Brexit führte.

Ein vergleichbares Bild zeigt sich in der Debatte über die Migrationsströme: Bisher hat die EU keine Zuständigkeit für den Außengrenzschutz, die Terrorbekämpfung, Sicherheit und Investitionen. Trotzdem fordern die Mitgliedsstaaten die EU ständig auf, diese Aufgaben zu erfüllen. Wenn wir einen effizienten EU-Außengrenzschutz und offene Grenzen innerhalb der EU wollen, müssen wir der EU die entsprechenden Kompetenzen übertragen und den Außengrenzschutz europäisieren. Wir brauchen eine aufrichtige Debatte über die neuen Aufgaben und deren Kosten.

Um der EU Handlungsfähigkeit zurückzugeben und um den Teufelskreis aus Vertrauensverlust und Blockaden zu durchbrechen, benötigen wir dringend Änderungen an den Entscheidungsprozessen. Deshalb fordere ich seit langem, dass keine Einstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten mehr notwendig sein darf. Die nationalen Vetorechte müssen weg, weil sie die EU erpressbar machen, weil sie im Grunde undemokratisch sind und weil sie Europa daran hindern, die globalen Herausforderungen anzupacken.

### **Klare Zuständigkeiten, weniger Populismus**

Besonders seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ist klar, dass Europa umdenken und selbst Verantwortung übernehmen muss. Trump verfolgt seit seinem Amtsantritt einen beispiellosen Zick-Zack-Kurs und leistet sich dabei grobe Schnitzer, die nicht nur die globale Sicherheitsarchitektur gefährden.

Jahrzehntelang hat niemand die Sinnhaftigkeit von Handelsabkommen ernsthaft in Frage gestellt - nun fiel das EU-USA-Abkommen TTIP der neuen Handelspolitik der USA zum Opfer. Dabei muss man ganz klar sagen: Wer Handelsabkommen grundsätzlich oder aus populistischen Gründen verteufelt, sägt am Ast, an dem unser Wohlstand blüht.

All diese Entwicklungen zeigen: Wenn es um notwendige Reformen und Veränderungen in Europa geht, versagt die Politik darin, Europa zu erklären. Denn die Europäische Union hat noch viel zu wenige Handlungsmöglichkeiten, um die Globalisierung effektiv gestalten und Krisen bewältigen zu können. Die Rechts- und Wertegemeinschaft, die Demokratie und die offene Gesellschaft sind durch den schwierigen Umgang mit den Problemen vielfach in Gefahr. Eine „Ja/Nein-Demokratie“, Nationalismus, Populismus und die unzulässige Vereinfachung komplexer Zusammenhänge sind falsche Antworten. Es muss vielmehr klare

Zuständigkeiten zwischen der europäischen und der nationalen Ebene geben, was die demokratische Legitimation, die Kontrolle und die Entscheidungen betrifft. Subsidiarität ist keine Einbahnstraße und heißt nicht „Entweder – Oder“, sondern bedeutet eine „effektive Aufgabenteilung“. Wir müssen die Arbeit auf den vielen Baustellen angehen, eine aufrichtige und sachliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen unserer Zeit führen und die Bevölkerung daran ausführlich teilhaben lassen.

### **Europa muss mitgestalten**

Wie vor einem Vierteljahrhundert geht es während der österreichischen Ratspräsidentschaft um eine Weichenstellung: Die Antwort auf die Globalisierung ist die Integration mit all den vorher genannten Elementen. Nur wenn wir stärker zusammenwachsen, gemeinsam die Herausforderungen bewältigen und mit einer Stimme sprechen, können wir die Globalisierung auch gemeinsam gestalten. Daher muss sich Österreich für jeden weiteren Integrationsschritt einsetzen und daran teilnehmen. Denn Österreich ist ein Hauptprofiteuer der Integration, der Erweiterung. Wie beim EU-Beitritt 1995 geht es darum, nicht zwischen den Blöcken zermahlen zu werden und dann nach den Regeln der USA, Russlands und Chinas spielen zu müssen. Im Unterschied zu 1995 geht es diesmal aber nicht nur um Österreich, sondern um ganz Europa. Europa darf nicht zum Verlierer der Globalisierung werden, sondern muss Gestalter der Globalisierung bleiben. Dafür muss Europa seine Kräfte bündeln und Verantwortung übernehmen. Beginnen wir damit jetzt sofort.